

Grußwort für das Land Nordrhein-Westfalen

In diesem wunderbar gefüllten Saal darf auch ich Sie im Namen der Landesregierung und ganz persönlich im Namen der Ministerpräsidentin herzlich willkommen heißen zum Steinkohletag 2013.

Es ist bereits angeklungen, die Ministerpräsidentin, beide Ministerpräsidentinnen sind im Einsatz. Gerade heute wird es darum gehen – ich komme darauf gleich kurz zurück – in Berlin in der sogenannten großen Runde Vereinbarungen zu treffen, die den Industriestandort, die die Energiepolitik entscheidend prägen sollen für die nächsten Jahre.

Der Herr Oberbürgermeister *Paß* und ich, mit einigen hier aus dem Saal, waren vor rund drei Wochen in China. Der Oberbürgermeister und ich haben dort u. a. die Zeremonie begleiten dürfen zur Eröffnung der China

Coal and Mining-Messe. Viele Unternehmen, direkt aus dem Bergbau, aber vor allen Dingen natürlich viele Zulieferer, waren mit vor Ort und haben in China für das Know-how und für die Produkte und für die Dienstleistungen aus Nordrhein-Westfalen und aus der Bundesrepublik Deutschland geworben. Mit großem Erfolg. Die Idee eines an der Spitze verantwortlichen chinesischen Politikers, ob es nicht möglich sei, in China ein Referenzbergwerk nur mit dem Material, den Produkten deutscher, nordrhein-westfälischer Zulieferer auszustatten, wird uns – es ist nicht weiter finalisiert worden – weiter beschäftigen. Dieser Aufenthalt in Peking und in der Provinz Shanxi hat allen Beteiligten deutlich gemacht, wie groß nach wie vor der Energiehunger in der Volksrepublik China ist, aber wie groß auch die Chancen unserer, hiesiger Unternehmen



Garrelt Duin

sind, an diesem Energiehunger und an diesen Thematiken weiter beteiligt zu sein und dort eigene Geschäftsmodelle verwirklichen zu können. Das Know-how und die Qualität der Produkte aus Nordrhein-Westfalen sind dort sehr gefragt. Wir wollen diesen Weg als Landesregierung intensiv begleiten, damit entsprechend positive Perspektiven für die hiesigen Unternehmen auch gestaltet werden können.

Das Zweite, was ich ansprechen möchte, ist das Thema, das wir hier im Land gemeinsam mit den Bergbautreibenden, gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppierungen sehr grundsätzlich angefasst haben und das notwendig ist – das auch in Zukunft notwendig sein wird – nämlich die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht zu verlieren, sie sogar zu steigern. Wir haben dafür einen sehr, sehr intensiven Dialog begonnen und jetzt quasi zum Abschluss gebracht. Der Landtag, der Unterausschuss, diskutiert das ebenfalls sehr intensiv, denn wir brauchen die Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn es darum geht, wie wir mit Bergschäden umgehen. Wie gehen wir mit offenen Fragen um, wie gehen wir auch mit dem um, was in den nächsten Jahren noch an weiterer Entwicklung gestaltet werden soll. Deswegen bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie aus dem Bereich des Bergbaus sich so intensiv an diesem Prozess beteiligt haben.

Ich will an dieser Stelle aber auch sagen, dass ich mich genauso bedanke bei denjenigen, die das im Land auf der Verwaltungsseite als Bergbehörde zu begleiten haben. Wenn man sich manche Berichterstattung anguckt aus den letzten Monaten, dann wird natürlich das eine oder andere Unternehmen manchmal rangenommen in dieser Berichterstattung. Das gehört aber zu ihrem Schmerzensgeld mit dazu, dass sie sich auch solch kritischer Berichterstattung aussetzen müssen. Für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, für diejenigen, die in der Bezirksregierung, in der Abteilung 6, dieses Thema zu bearbeiten haben, ist das aber manchmal über das Erträgliche deutlich hinaus. Wenn der Eindruck erweckt wird, es gäbe zwischen den Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung so etwas wie Mauschelei, dann ist dem in aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Diese Behörde, die dort zuständigen Arbeitenden sind unabhängig und werden es immer sein und gehen nach Recht und Gesetz ihren beruflichen Pflichten nach. Ich finde, das sollten wir gemeinsam immer wieder herausstellen, dass es dieser Einwürfe nicht bedarf, sondern wir ihnen ganz klar entgegen-treten.

Partner der Energiewende – die Ministerpräsidentin ist heute in Berlin. Es gibt ein Papier, das dort heute diskutiert wird, das sicherlich von allen hier im Saal mit großer Spannung erwartet wird, wenn es dann endgültig abgestimmt ist. Klar ist – das hat der Oberbürgermeister gerade schon deutlich gemacht und das wird Herr Grillo im Weiteren sicherlich auch noch mal beschreiben – dass wir ein Projektmanagement dieser Energiewende dringend brauchen. Dass wir das Dreieck aus sicher, sauber und bezahlbar auch wirklich ein gleichseitiges Dreieck sein lassen müssen, wo alle Punkte Gewicht haben. Wenn ich Ihnen ein bisschen aus der Innensicht der letzten Tage heraus sagen kann, dass dort in dem, was jetzt besprochen worden ist, mit mancher Fehlentwicklung aufgeräumt werden soll, dass gleichzeitig das Thema Planungs- und Investitionssicherheit einen besonderen Stellenwert hat, dann glaube ich – auch wenn nicht jeder Traum, nicht jede Idealvorstellung schon verwirklicht sein wird in dieser Koalitionsvereinbarung – dass wir doch einen ganz entscheidenden Schritt vorangehen könnten.

Dass man z. B. aufhört, eine Entwicklung zu befördern, die unsere Weiden und Wiesen nur noch „vermaisens“ lässt, weil man einen bestimmten Fördertatbestand für Biogas ins Leben gerufen hat. Dass man mal sich klar macht, dass Windenergie doch am besten da gefördert wird, wo der Wind auch am häufigsten weht, nämlich im Norden der Republik und an diesen windhöffigen Standorten. Dass man sich irgendwann einmal realistischere Ausbauziele beim Thema Offshore vornimmt. Dass man umbaut auf mehr Direktvermarktung und diese dann auch irgendwann verpflichtend sein lässt. Dass man umbaut auf ein marktwirtschaftlicheres Modell als nur feste Einspeisevergütungen, Einspeisevorrang. Dass man ein Auktionsmodell in den Blick nimmt. Dass man mit Blick auf die konventionellen Kraftwerke umstellt auf Mechanismen, sogenannte Kapazitätsmechanismen, die der Bedeutung der konventionellen Energie auch gerecht werden. Eine Energiewende oder – anders formuliert – Windkraft braucht eben auch Kohle. Wer glaubt, man könne aus der Atomkraft aussteigen und dann unmittelbar danach auch aus der Kohle, der wird den Herausforderungen des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland und auch Nordrhein-Westfalen nicht gerecht.



Der emeritierte Essener Weihbischof Franz Grawe (l.) im Gespräch mit Ludwig Landzinski, Mitglied im Kuratorium der RAG-Stiftung

In diese Eckpunkte hinein wollen wir uns als nordrhein-westfälische Landesregierung weiter stark einbringen. Das haben wir auch in den letzten Wochen gemacht, auch in den letzten Tagen. Sie haben alle gesehen, dass es aufgrund eines Papiers, das es dann gar nicht gegeben haben soll, auch eine intensive Diskussion über die Ausnahmetatbestände im Bereich der energieintensiven Unternehmen gegeben hat. Herr *Altmaier* und Frau *Kraft* sind bei Herrn *Almunia* gewesen und suchen jetzt nach Lösungen für das, was der EU vorschwebt und den Dingen, die wir für wichtig halten. Nur eines will ich an dieser Stelle ganz klar machen: Ein Herauspicken von einzelnen Branchen kann es nicht geben. Es ist nicht sinnvoll zu sagen, das sind die Bösen und das sind die Guten. Es macht keinen Sinn, außerhalb von für jeden nachvollziehbaren Kriterien solche Ausnahmen herauszubrechen. Im Sinne des Landes Nordrhein-Westfalen sage ich in aller Klarheit und trotz aller politischen Diskussionen, die wir im Land dazu haben: Der Ausnahmetatbestand für den Bergbau, insbesondere für die Steinkohle, ist für uns nicht verhandelbar. Es muss bei diesem bleiben. Wir brauchen klare Kriterien für die gesamte Industrie. Sich Einzelne herauszupicken, weil es möglicherweise an der einen oder anderen Stelle öffentlichen Beifall dafür gibt, wird es mit uns als Landesregierung nicht geben.

So werden wir in den nächsten Tagen und Wochen und auch dann in der Umsetzung dieser Energiewende noch vieles im Detail zu diskutieren haben. Aber ich bin deutlich optimistischer als noch vor einiger Zeit, dass es uns wirklich gelingen kann, dieses jetzt anzupacken. Und

dann lassen Sie mich abschließend nur eines noch hinzufügen an einem solchen Steinkohlentag. Ich bin vor anderthalb Jahren, wie Sie wissen, aus dem hohen Norden der Republik hier ins Ruhrgebiet gezogen, sehr freundlich aufgenommen worden. Natürlich war es eine der Überlegungen dann bei dem letzten Geburtstag meines jetzt 11-jährigen Sohnes, was machen wir denn? Wir gehen mal nicht in die Soccer-Halle. Wir gehen mal nicht ins Spaß-Bad. Wir gehen auf Zollverein. Ich dachte, das ist wahrscheinlich für die ganzen Kumpels meines Sohnes total langweilig, weil die da schon so oft waren, weil die ja hier groß geworden sind in Essen. Von den zehn Jungs war aber erst einer einmal schon vorher da, obwohl die alle schon zehn Jahre hier leben. Deshalb ist es wichtig, dass wir bei all den industrie- und energiepolitischen Diskussionen, die wir tagesaktuell immer miteinander zu führen haben, dass wir auch gemeinsam dafür sorgen, dass das Bewusstsein, dass die Steinkohle einen ganz, ganz wesentlichen Beitrag für den Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland und für das Land Nordrhein-Westfalen geleistet hat, nicht in Vergessenheit gerät und wir dieses auch an die kommenden Generationen weitergeben.

In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Glückauf!

Garrelt Duin

Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf